

Roland Schilling

# Zur Geschichte des Siedlungswesens

## auf dem Gebiet der ehemaligen DDR



**Deutscher Siedlerbund e.V.**

**Gesamtverband  
für Haus- und Wohneigentum**

**Roland Schilling**

**Zur Geschichte  
des Siedlungswesens  
auf dem Gebiet  
der ehemaligen DDR**



**Deutscher Siedlerbund e.V.**

**Gesamtverband  
für Haus- und Wohneigentum**

## ■ 2004

### ■ Herausgeber

Deutscher Siedlerbund e.V.  
Gesamtverband  
für Haus- und Wohneigentum  
Neefestraße 2a  
53115 Bonn  
www.Siedlerbund.de

### ■ Verlag

Familienheim und Garten  
Verlagsgesellschaft mbH  
www.FuG-Verlag.de

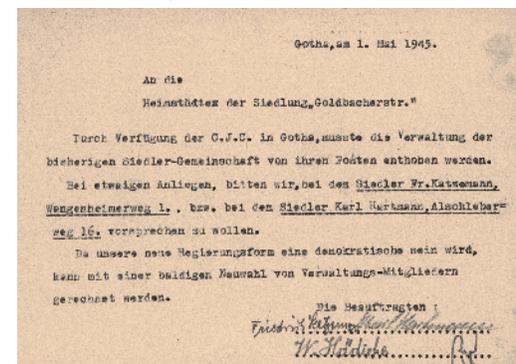
### ■ Druck

Druck Center Meckenheim

## Nachkriegsjahre

Als Folge des von Deutschland ausgegangenen zweiten Weltkrieges besetzten die Siegermächte nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Bereits auf der Krimkonferenz vom 3. bis 11. Februar 1945 in Jalta hatten die alliierten Mächte USA, England und die Sowjetunion vereinbart, welche Zonen des aufgeteilten Deutschlands unter ihre Besatzungshoheit gestellt werden sollten. Auch die Maßnahmen zum Ausschalten von nationalsozialistischem Einfluss aus dem öffentlichen Leben legten die Alliierten hier schon fest. Dazu gehörte das Verbot der nationalsozialistischen Partei mit all ihren Gliederungen und das Entfernen von Nationalsozialisten aus den öffentlichen Dienststellen und Organisationen. Auch aus den Siedlervorständen mussten nationalsozialistisch belastete Funktionäre ausscheiden. Anschließend formierten sich die Vorstände durch kommissarisch eingesetzte Mitglieder neu.

### *Aushang in der Goldbacher Siedlung Gotha*



Diese Vorstände setzten ohne spürbare Unterbrechung die Gemeinschaftsarbeit in ihren Siedlungen fort. In den ersten Monaten nach dem Krieg ging es um das Lebensnotwendigste. Sie unterstützten die Mitglieder beim Beseitigen der Kriegsschäden durch Beschaffen von Baumaterial. Für den Garten brauchten die Siedler Sämereien, Pflanzen und Dünger, den Kleintierhaltern besorgten sie Jungtiere und Kraftfutter. Jeder Quadratmeter Gartenland wurde intensiv für den Anbau von Gemüse, Obst und Futterpflanzen genutzt.

Im Juni/Juli 1945 zogen sich die westlichen alliierten Truppen aus den von ihnen eroberten Gebieten östlich von Werra und Elbe zurück und besetzten dafür Teile von Berlin. Die geräumten Gebiete übernahmen sowjetische Truppen als Besatzungsmacht bis zu den Westgrenzen von Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg, einschließlich Sachsen. Damit entstand hier die „Sowjetische Besatzungszone“ unter Einbeziehung des sowjetischen Sektors von Berlin.

Mit der neuen Besatzungsmacht verschärfte sich die Militäradministration drastisch.

Das erlassene Verbot von Vereinen betraf auch den Deutschen Siedlerbund. Die Vorstände in den Siedlungen waren in den ersten Monaten auf sich selbst gestellt.

### **Neue Strukturen entstehen**

Von der Kreisebene an aufwärts bestanden keine Leitungsstrukturen mehr.

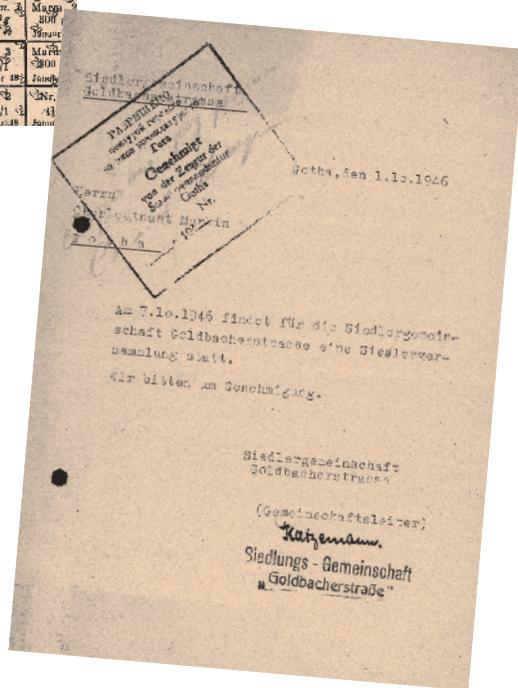
1. Brot 200 g	2. Brot 200 g	3. Brot 200 g	4. Brot 200 g	5. Brot 200 g	6. Brot 200 g	7. Brot 200 g	8. Brot 200 g	9. Brot 200 g	10. Brot 200 g	11. Brot 200 g	12. Brot 200 g	13. Brot 200 g	14. Brot 200 g	15. Brot 200 g	16. Brot 200 g	17. Brot 200 g	18. Brot 200 g	19. Brot 200 g	20. Brot 200 g	21. Brot 200 g	22. Brot 200 g	23. Brot 200 g	24. Brot 200 g	25. Brot 200 g	26. Brot 200 g	27. Brot 200 g	28. Brot 200 g	29. Brot 200 g	30. Brot 200 g	31. Brot 200 g	32. Brot 200 g	33. Brot 200 g	34. Brot 200 g	35. Brot 200 g	36. Brot 200 g	37. Brot 200 g	38. Brot 200 g	39. Brot 200 g	40. Brot 200 g	41. Brot 200 g	42. Brot 200 g	43. Brot 200 g	44. Brot 200 g	45. Brot 200 g	46. Brot 200 g	47. Brot 200 g	48. Brot 200 g	49. Brot 200 g	50. Brot 200 g	51. Brot 200 g	52. Brot 200 g	53. Brot 200 g	54. Brot 200 g	55. Brot 200 g	56. Brot 200 g	57. Brot 200 g	58. Brot 200 g	59. Brot 200 g	60. Brot 200 g	61. Brot 200 g	62. Brot 200 g	63. Brot 200 g	64. Brot 200 g	65. Brot 200 g	66. Brot 200 g	67. Brot 200 g	68. Brot 200 g	69. Brot 200 g	70. Brot 200 g	71. Brot 200 g	72. Brot 200 g	73. Brot 200 g	74. Brot 200 g	75. Brot 200 g	76. Brot 200 g	77. Brot 200 g	78. Brot 200 g	79. Brot 200 g	80. Brot 200 g	81. Brot 200 g	82. Brot 200 g	83. Brot 200 g	84. Brot 200 g	85. Brot 200 g	86. Brot 200 g	87. Brot 200 g	88. Brot 200 g	89. Brot 200 g	90. Brot 200 g	91. Brot 200 g	92. Brot 200 g	93. Brot 200 g	94. Brot 200 g	95. Brot 200 g	96. Brot 200 g	97. Brot 200 g	98. Brot 200 g	99. Brot 200 g	100. Brot 200 g
---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	-----------------

### Lebensmittelkarte

Viele Vorstände nahmen zu den entstehenden kommunalen Verwaltungen Kontakt auf und weckten bei diesen Interesse für die Belange der Siedler. Gemeinsam berieten sie über Sofortmaßnahmen zur Entwicklung des Gemeinschaftslebens in den Siedlungen. Teilweise übernahmen sie auch Verwaltungsaufgaben, wie die Ausgabe von Lebensmittelkarten. In der DDR gab es diese bis April 1958.

Der erste Nachkriegswinter bedeutete auch für die meisten Siedler, einen harten Kampf ums Überleben zu führen. Er stellte die neuen Vorstände vor eine große Bewährungsprobe. Dem Mangel an Heizmaterial wurde durch das Organisieren von gemeinsamen Einsätzen zum Holzeinschlag, bzw. durch Vermitteln von Möglichkeiten zum Stubbenroden begegnet. Die knappen Fleischrationen konnten durch Eigenerzeugung im Rahmen verstärkter Kleintierhaltung aufge bessert werden. Zur Sicherung der Futtergrundlage pachteten die Siedlervorstände Wegränder und Straßen-

gräben, die dann parzellenweise an die Kleintierhalter vergeben wurden. In den Wintermonaten 1945/46 fanden in den Siedlervereinen die ersten Mitgliederversammlungen nach dem Krieg statt. Diese mussten von der Stadtkommandantur genehmigt werden.



Antrag zur Genehmigung einer Siedlerversammlung

Anfang 1946 entwickelten sich in den Kreisen Initiativen zum Zusammenschluss von Kleingärtner- und Siedlervereinen zu regionalen Vereinigungen. Von nun an war das Siedlungswesen in diesem Teil Deutschlands eng mit den Kleingärtnern verbunden. In Rundschreiben der provisorischen Landesverwaltungen an die Landräte und Bür-

germeister der Städte forderten sie diese auf, die Bildung neuer Vorstände der Garten- und Siedlervereine zu unterstützen.

Der Aufbau des Siedlungswesens verlief in den Ländern der sowjetisch besetzten Zone unterschiedlich. In Thüringen wurden im Frühjahr 1946 durch einen Befehl der Militärverwaltung die Garten- und Siedlervereine auf unterer Ebene offiziell zugelassen. Im Mai des gleichen Jahres gründete sich auf der ersten Landesversammlung der „Thüringer Landesverband für Kleingärtner und Siedler.“ In der Mark Brandenburg bildeten die Kleingärtner und Siedler im Juni 1947 den „Landesverband Mark Brandenburg der Kleingärtner und Siedler“.

In Sachsen-Anhalt schlossen sich die Kleingärtner und Siedler am 20. Juli 1947 zum „Landesbund für Kleingärtner und Siedler“ zusammen. In diesen Ländern knüpften die Kleingarten- und Siedlervereine weitgehend an die alten Organisationsformen von 1919 an. In den beschlossenen Satzungen wurde als Ziel die Verfolgung gemeinnütziger Zwecke zum Wohle der Mitglieder unter Fernhaltung parteipolitischer und konfessioneller Bestrebungen festgelegt. In Sachsen hatte die Landesverwaltung mit einer Verordnung vom 14. Februar 1947 die Rechte und Pflichten der Vereine auf die Kommunen übertragen. In Mecklenburg kam es zu dieser Zeit noch nicht zur Schaffung einer Landesorganisation. Es erfolgte hier eine lose Form der Zusammenarbeit bis auf Kreisebene. In Berlin erlaubte die „Alliierte Kommandantur“ in einem Befehl vom 15.

Januar 1946 die Gründung einer Kleingärtner- und Siedlervereinigung. Der Aufbau der Berliner Organisation und die Aktivierung des ehemaligen Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und bodennutzenden Grundbesitzer unter Vorsitz von Verbandsfreund Nauhin erweckte die Hoffnung auf einen neuen einheitlichen Verband der Kleingärtner und Siedler für ganz Deutschland.

Im März 1947 gab der Berliner Verband im Expreß-Verlag die „Kleingärtner- und Siedlerzeitung“ heraus.

### Ost und West entwickeln sich unterschiedlich

Obwohl in Berlin ein gemeinsamer Kontrollrat für ganz Deutschland bestand und im Punkt 3 des Potsdamer Abkommens festgelegt war: „Soweit das praktisch durchführbar ist, muss die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein“, grenzten sich die Ostzone und die Westzonen mit den entsprechenden Sektoren in Berlin immer mehr voneinander ab. Es bildeten sich zwei Gebiete mit grundsätzlich unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen heraus.

Mit dieser Teilung Deutschlands war die Wiedergründung eines einheitlichen Siedlerbundes in ganz Deutschland für absehbare Zeit nicht möglich. In der Ostzone hatte die Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft bei der sowjetischen Militäradministration die Gründung neuer Kleingärtner- und Siedlervereinigungen auf örtlicher Ebene genehmigt. So waren inzwischen die Vereine in den Siedlungen wieder arbeitsfähig. Auch in den Kreisen und auf Lan-

desebene bestanden Verbände der Kleingärtner und Siedler. Auf zentraler Ebene war noch keine zufriedenstellende Lösung gefunden. Der ehemalige Zentralverband in Berlin verlagerte seinen Sitz nach Westberlin.

Bei den politisch einflussreichen ostdeutschen Stellen erfolgte vorerst eine Abwertung der Kleingärtner- und Siedlervereine, denn sie wurden als Überbleibsel kleinbürgerlichen Gedankengutes angesehen. Aber schließlich erkannten auch sie, welchen Wert diese Vereine für die Versorgung hatten. Die Einordnung der Kleingärtner und Siedler in das neue gesellschaftliche System warf aber für die neuen politischen Machthaber einige grundsätzliche Fragen auf: Wie sollte der Rechtsstatus aussehen, wie sollte ihre Stellung im Staatsgefüge und ihre politische Einordnung sein? Beim Kleinsiedlungswesen konnte nicht auf Erfahrungen in der Sowjetunion zurückgegriffen werden, denn dort gab es keine Organi-

sation für Siedler. Die wenigen vorhandenen Kleingartenanlagen waren den Gewerkschaften angegliedert.

### Kleingartenhilfe beim FDGB

In Deutschland waren die Gewerkschaften, entsprechend dem Potsdamer Abkommen, als erste Organisation unmittelbar nach dem Krieg wieder zugelassen, und sie hatten inzwischen einen festen Platz im gesellschaftlichen Leben.

Die Kleingärtner und Siedler hatten dagegen bis 1948 in der sowjetischen Besatzungszone keinen einheitlichen zentralen Verband. Von unten drängten die Vereine der Kreise und Länder auf die Bildung einer solchen zentralen Interessenvertretung.

Die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) schlug 1949 vor, die Kleingärtner- und Siedlerorganisationen an den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) anzugliedern.

Die Gewerkschaften richteten dazu auf allen Leitungsebenen vom Kreis bis zum Bundesvorstand gesonderte Abteilungen mit der Bezeichnung „Kleingartenhilfe“ ein.

Als hauptamtliche Mitarbeiter waren in diesem Bereich erfahrene Kleingärtner und Kleinsiedler tätig. Bis Ende 1949 hatten sich alle Kreis- und Landesverbände der Kleingärtner und Siedler dieser Kleingartenhilfe angeschlossen. Im September 1949 fand in Leipzig die erste zentrale Zusammenkunft der Kleingärtner und Siedler, die sogenannte Ostzonen-Tagung der Kleingartenhilfe des FDGB statt. Im Zusammenhang mit den Beratungen über die aktuellen und zukünftigen Aufgaben festigte sich die Erkenntnis über die Notwendigkeit einer eigenen Satzung für das Kleingarten- und Siedlungswesen. Die Delegierten wählten dazu eine Satzungskommission. Ausgehend von dieser Konferenz gab die Kleingartenhilfe ab September 1949 eine gesonderte zentrale Zeitschrift „Der Kleingärtner“ mit eigenständigen Beiträgen der Län-

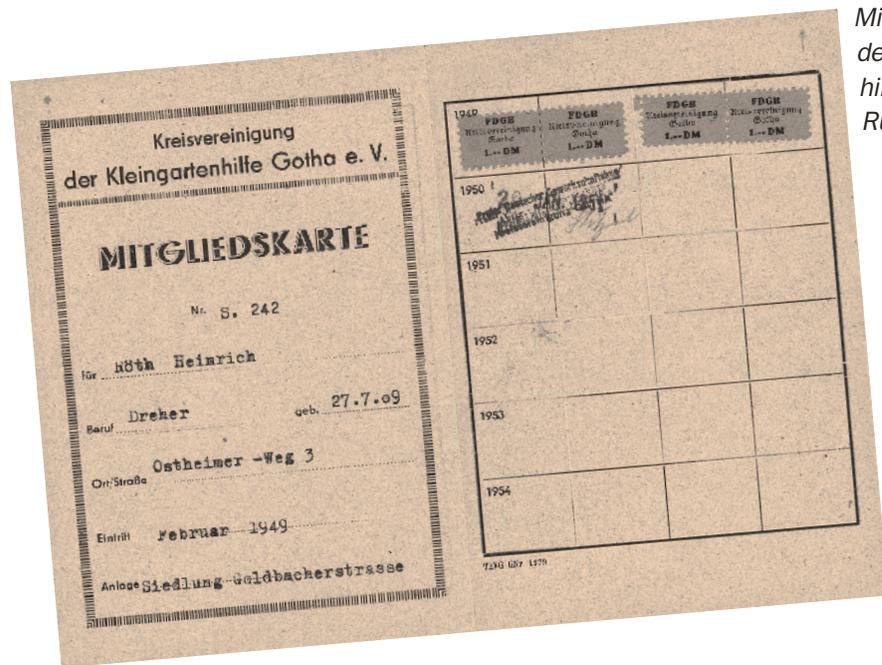
dervereinigungen für das Gebiet der Ostzone heraus. Im Februar 1950 veröffentlichte „Der Kleingärtner“ den Satzungsentwurf. Die Satzung war einheitlich für alle Organisationsstrukturen der Kleingärtner und Siedler, welche sich der Kleingartenhilfe angeschlossen hatten.

Sie bildete die Grundlage für die zukünftige Arbeit in der Kleinsiedlerbewegung. Ihre wichtigste Aufgabe war demnach:

- „Den Mitgliedern ihre demokratischen Rechte in allen Fragen, die sich aus ihrer Betätigung als Siedler ergeben, zu schützen und zu sichern,
- die Lebenslage ihrer Mitglieder in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht zu verbessern“.

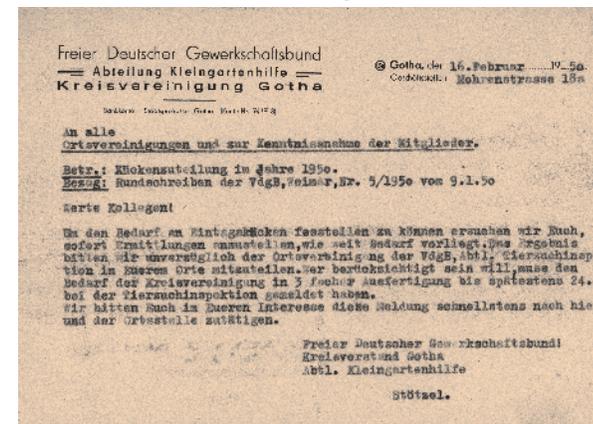
Die Ziele und der Charakter der Vereine waren als gemeinnützig festgelegt. Ihre rechtskräftige Registrierung erfolgte bei den Räten der Kreise. Auf allen Leitungsebenen der Kleingartenhilfe bestanden ehrenamtliche Ausschüsse aus Mitgliedern der Kleingärtner und Siedler. Diese vertraten die Interessen der Vereine und nahmen kompetenten

Einfluss auf die Entwicklung des Kleingarten- und Siedlungswesens in ihrem Wirkungsbereich. Die Kleingartenhilfe trug mit dazu bei, das Ansehen der Kleinsiedler als einen nennenswerten Faktor bei der Eigenversorgung zu erhöhen. Über diese Organisationsform verbesserte sich auch die Belieferung der Siedler mit damals noch schwer beschaffbaren Geräten, Baumaterial, Dünger, Pflanzgut und Jungtieren.



Mitgliedskarte in der Kleingartenhilfe. Vorder- und Rückseite

### Rundschreiben der Kleingartenhilfe



## Siedler stellen aus

Die Vorstände übernahmen immer mehr die Aufgaben von Handelseinrichtungen.

Von den Mitgliedern nahmen sie Bestellungen entgegen und leiteten diese an übergeordnete Stellen weiter. Danach verkauften sie die gelieferten Waren an die Vereinsmitglieder. Ein sichtbarer Ausdruck für die Entwicklung des Siedlungswesens war auch die Teilnahme der Siedlervereine an den damals schon durchgeführten Lehr- und Leistungsschauen in den Kreisen und Ländern und den zentralen Gartenbau-Ausstellungen in Leipzig-Markleeberg, in den Jahren 1949, 1950 und 51. Daran beteiligten sich die Siedler mit speziell gestalteten Siedlergärten. Hier demonstrierten sie ihre Leistungen und vermittelten praktische Anregungen.

Die Kleintierzüchtervereine wurden entsprechend einer Verordnung der Regierung vom März 1951 an die „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB) angegliedert. Diese bot günstige Voraussetzungen, um ihre materielle Versorgung sicherzustellen.

Mit der 1948 in den westlichen Besatzungszonen und später in der Ostzone durchgeführten Währungsreform vertiefte sich die wirtschaftliche Teilung Deutschlands in zwei grundsätzlich voneinander abgegrenzte Gebiete. Über Jahrzehnte gewachsene wirtschaftliche Strukturen und Verbindungen brachen plötzlich weg. Ganze Industriebereiche mussten im Osten neu geschaffen werden. Auch für die Siedler ergaben sich dadurch negative Auswirkungen. Bekannte Erzeugnisse für Haus, Hof und Garten verschwanden vom Markt. Da-

durch entstandene Versorgungslücken konnten kurzfristig nicht ausgeglichen werden.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) auf dem Gebiet der Westzonen einschließlich Westberlin und der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in der Ostzone mit Ostberlin 1949 wurde die politische Teilung Deutschlands auf lange Sicht besiegelt.

Deutschland war von nun an ein Land mit zwei unterschiedlichen, eigenständigen Staaten unter der Schirmherrschaft der jeweiligen Besatzungsmacht. Dadurch verlief auch die Entwicklung des Kleinsiedlungswesens in beiden deutschen Staaten unterschiedlich.

## Verwaltungsreform

Infolge einer auf Beschluss der Volkskammer in der DDR 1952 durchgeführten Verwaltungsreform erfolgte hier die Auflösung der Länderstrukturen und damit auch der Landesverwaltungen. Jedes Land wurde in drei Verwaltungsbezirke aufgeteilt, diese unterstanden direkt der zentralen Regierungsverwaltung in Berlin. Insgesamt gab es 15 Verwaltungsbezirke und Ostberlin in der DDR. Entsprechend dieser neuen Struktur lösten auch die Kleingärtner und Siedler ihre Landesorganisationen auf und bildeten in jedem der neuen Bezirke einen Bezirksvorstand. Eine wesentliche Auswirkung auf das gesellschaftliche Leben hatte 1952 der Beschluss der zweiten Parteikonferenz der SED, auf dem Gebiet der DDR die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen. Das bedeutete: in



Bezugs-  
schein für  
Speisekar-  
toffeln

der Industrie weitere Betriebe in Volks-  
eigentum zu überführen, in der Land-  
wirtschaft die individuelle Produktion in  
genossenschaftliche umzuwandeln und  
die staatliche Planwirtschaft als Lei-  
tungsinstrument in allen Bereichen  
noch umfassender und konsequenter  
anzuwenden. Die damit verbundene  
Kontingentierung, vor allem von Bau-  
material und Artikeln für Haus, Hof und  
Garten, wirkten sich ungünstig auf die  
Siedler aus. Aber besonders das Ein-  
gliedern von privaten Gärtnereien in  
die Gärtnerischen Produktionsgenos-  
senschaften erschwerte zeitweise den  
Einkauf von Pflanzgut und Gemüse. Für  
den Kauf von Speisekartoffeln gab es  
Bezugsscheine.

In dieser Zeit gewannen die Siedlergär-  
ten wieder an Bedeutung als Nutzgär-  
ten für den Anbau von Obst und Ge-  
müse. Sie ermöglichten eine sinnvolle  
Freizeitbeschäftigung, und die Erzeug-

nisse daraus dienten zum Schließen  
mancher Versorgungslücke. In der er-  
sten Hälfte der 50er Jahre nahm das  
Kleingarten- und Siedlungswesen in der  
DDR durch die Kleingartenhilfe einen  
beachtlichen Aufschwung. Im Jahr  
1952 waren in der Kleingartenhilfe  
650.000 Kleingärtner und Siedler orga-  
nisiert. Die gewachsene Mitgliederzahl,  
die immer  
umfangreicheren Aufgaben in der Inter-  
essenvertretung und die fachlichen  
Schulungen erforderten eine eigenständ-  
ige Organisation. In den Mitgliederver-  
sammlungen und Beratungen der Vor-  
stände in den Gemeinschaften und  
Kreisen kam das immer deutlicher zum  
Ausdruck. Die Gewerkschaften waren  
mit diesen Problemen weitgehend  
überfordert und unterstützten deshalb  
den Wunsch der Kleingärtner und Sied-  
ler nach einer eigenen Organisation.

## Bildung von neuen Kreisverbänden

Obwohl im Mai 1953 ein Vorbereitungs-  
komitee mit Hans Hirsch, Wilhelm Obst  
und Paul Fastnacht für die Gründung  
eines einheitlichen zentralen Verbandes  
der Kleingärtner, Siedler und Klein-  
tierzüchter gebildet wurde und ein Ent-  
wurf für die Statuten des neuen Ver-  
bandes, als Körperschaft des öffentli-  
chen Rechtes, erarbeitet worden war,  
kam die Gründung zu diesem Zeitpunkt  
nicht zustande.

Die Ursache lag an der erforderlichen  
Entscheidung auf höchster Ebene, dem  
Politbüro der SED. Hier war die politi-  
sche und rechtliche Stellung einer sol-  
chen Organisation noch nicht eindeutig  
festgelegt. Und das sollte auch in ab-  
sehbarer Zeit nicht geschehen. Aber die

wirtschaftliche und politische Bedeutung einer solchen Organisation erkannte man wohl, zumal die Parteiführung nach den Ereignissen vom Juni 1953 einen bürgerfreundlichen „Neuen Kurs“ verkündete. Mit den Kleingärtnern und Siedlern bot sich eine Möglichkeit, breite Kreise für diese politische Linie zu gewinnen. Man sah den Handlungsbedarf auf diesem Gebiet und die Regierung erhielt den Auftrag, eine Verordnung zur staatlichen Förderung des Kleingarten- und Siedlungswesens zu erlassen. Diese Verordnung vom 22. Juni 1954 war entscheidend für die weitere Gestaltung des Kleingarten- und Siedlungswesens in der DDR. Sie verfügte erstmalig die Bildung von einheitlichen Verbänden der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, aber nur auf Kreisebene.

Im § 2 dieser Verordnung heißt es: „Die Kreisverbände der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter sind die alleinigen Interessenvertreter ihrer Mitglieder. Die Kreisverbände sind juristische Personen. Sie sind registrierpflichtig bei den Räten der Kreise.“ Im § 11 war festgelegt: „Alle bestehenden Vereine und Gruppen, die sich mit Kleingarten- und Siedlungswesen sowie der Kleintierzucht befassen und sich den Kreisverbänden nicht anschließen, werden zum 30. Juni 1954 aufgelöst“.

Auch die Kleingartenhilfe bei der Gewerkschaft bestand nach diesem Zeitpunkt nicht mehr. Entsprechend dieser Regierungsverordnung erließ der Magistrat von Berlin am 23. März 1955 eine analoge Verordnung. Nach dieser blieb der Bezirksvorstand für die Organisation der Ostberliner Kleingärtner und

Kleinsiedler in seiner bisherigen Form weiter bestehen. Im August des gleichen Jahres schlossen sich ihnen auch die Ostberliner Kleintierzüchter an. Auf zentraler Ebene war in dieser Verordnung keine Organisationsstruktur für das gesamte Gebiet der DDR vorgesehen. Zur zentralen Interessenvertretung erhielt das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft den Auftrag, ein gesondertes Referat für das Kleingarten- und Siedlungswesen und die Kleintierzucht zu bilden. Als erste Aufgabe erarbeitete dieses ein Musterstatut, welches für die neuen Kreisverbände als Grundlage für eigene Statuten diente. Die Kreisverbände gliederten sich in Ortsgruppen und Sparten, die bisherigen Vereine.

#### **Welche grundlegenden Neuerungen wurden mit diesem Statut eingeführt?**

Erstmals erfolgte der Zusammenschluss von Kleingärtnern, Siedlern und Kleintierzüchtern in einer gemeinsamen Organisation in den Kreisverbänden.

Registriert wurden die Kreisverbände als juristische Person bei den Räten der Kreise, sie unterstanden auch deren Aufsicht. Den herkömmlichen Begriff „Verein“ gab es ab diesem Zeitpunkt im offiziellen Sprachgebrauch nicht mehr. An seine Stelle trat für die unteren Einheiten die Bezeichnung „Sparte“ und für die übergeordneten in den Kreisen die Bezeichnung „Verband“. In den Sparten gab es den „Spartenvorstand“ mit dem Vorsitzenden. Im inoffiziellen Sprachgebrauch der Siedler erhielten sich aber über die gesamte Zeit auch die Begriffe

„Siedlergemeinschaft“ und „Gemeinschaftsleiter“.

Die Kreisverbände hatten hauptsächlich zwei Aufgaben: zum einen in der Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder, was besonders die Materialversorgung, Pflanzenschutz, Rechtsfragen und Versicherungen betraf; zum anderen in fachlichen und gesellschaftlichen Aufgaben. Zu diesen gehörten regelmäßige Schulungen, Erfahrungsaustausche, Wettbewerbe und Lehr- und Leistungsschauen.

Als einheitliches Presseorgan erschien ab Juli 1954 im Landwirtschaftsverlag die Monatszeitschrift „Der Kleingärtner“. Sie kam in verschiedenen Ausgaben, auf das jeweilige Territorium bezogen, zusammengefasst für jeweils drei Bezirke und gesondert für Ostberlin heraus.

In den nachfolgenden Jahren erließ die Regierung der DDR einige Gesetze und Verordnungen zum Fördern des Kleingarten- und Kleinsiedlungswesens. Den Siedlern wurde es ermöglicht, Eigentums- und Nutzungsrechte an in staatlichem Besitz befindlichen Einfamilien- und Siedlungshäusern leichter zu erwerben. Nutzungsrechte an Land erteilte der Staat kostenlos und unbefristet.

Die Siedler waren vom Erbbauzins befreit. Zum Um- und Ausbau der Siedlungshäuser gaben die Banken günstige Baukredite mit 1% Zinsen. Für die Mitglieder bestanden vorteilhafte Bedingungen für eine Grundstückshaftpflicht- und Unfallversicherung durch den Verband.

Über Jahre trugen die Kreisverbände die Hauptlast der Arbeit, dabei waren sie weitgehend auf sich selbst gestellt. Das Kleingarten- und Siedlungswesen hatte inzwischen einen festen Platz in der DDR eingenommen und war aus dem gesellschaftlichen Leben nicht mehr wegzudenken. Bis Ende 1958 waren 850.000 Kleingärtner und Siedler in den Kreisverbänden organisiert. Das Streben der Mitglieder nach immer größeren Ergebnissen aus ihren Gärten, in der Kleintierzucht und in ihrer geistig-kulturellen Freizeitbetätigung stieß an die Grenzen der damals vorhandenen Struktur. Eine Lösung dieses Widerspruches konnte nur durch eine neue Organisation, entsprechend dem Verwaltungsaufbau, gelöst werden. Auch die Mitglieder und Vorstände äußerten immer deutlicher den Wunsch nach einem Gesamtverband für das Gebiet der DDR.

Im Jahr 1959 erfolgte eine neue Initiative zur Gründung eines solchen Verbandes. Die höchsten dafür zuständigen Stellen in der Führung der SED und der Regierung signalisierten nun ihre Zustimmung, unter der Bedingung, dass der zentrale Verband auch die drei Säulen Kleingärtner, Kleinsiedler und Kleintierzüchter unter einem Dach vereinigen würde.

Unter Vorsitz von Erich Angermann aus dem Kreisverband Bischhofswerda nahm im Mai 1959 eine Kommission die Arbeit zur Vorbereitung des Gründungskongresses auf. Diese erarbeitete einen Entwurf für die Statuten des neuen Verbandes und eine Arbeitsschließung als Diskussionsgrundlage in den Kreisverbänden.

## Gründungskongress des VKSK

Nach umfangreichen Aussprachen in den Sparten- und Kreisvorständen über das Statut und die Arbeitsentschließung versammelten sich am 28. und 29. November 1959 in Leipzig im Hotel „Goldener Löwe“ 361 Delegierte zur Gründung der neuen einheitlichen Organisation. Die Teilnehmer setzten sich zusammen aus Mitgliedern der Kreisverbände sowie aus Vertretern aller Fachrichtungen.

Im einstimmig angenommenen Entwurf für die Statuten waren der Charakter und die Ziele des neuen Verbandes festgelegt. Das Statut war einheitlich und hatte Rechtsgültigkeit für alle Gliederungen bis hinunter zu den Sparten. Dieser Entwurf diente als Grundlage zur Beratung mit den Mitgliedern, um ihn danach auf dem ersten Verbandstag endgültig zu beschließen.

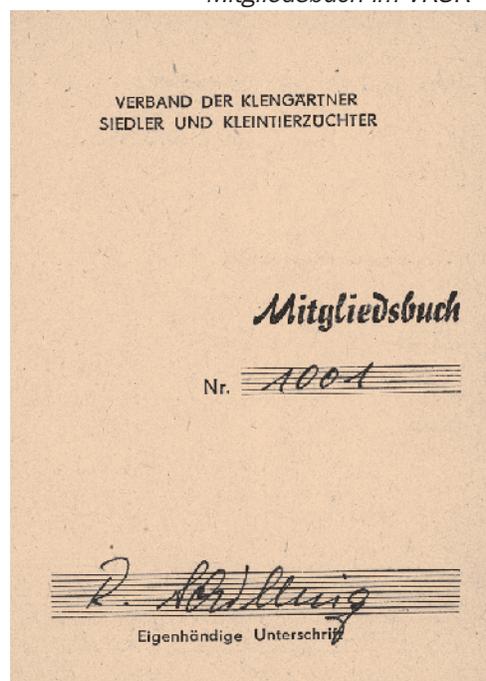
Der Verband verstand sich als eigenständige demokratische Massenorganisation, die sich zum Sozialismus in der DDR bekannte und ihre Arbeit auf der Grundlage der Gesetze der DDR durchführte. Sein Ziel war, vielfältige Möglichkeiten sinnvoller und aktiver Erholung in der Freizeit durch gärtnerische, züchterische und geistig-kulturelle Betätigung in den Spartenkollektiven zu schaffen. Damit sollte gleichzeitig ein Beitrag zur Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung geleistet werden.

Der Aufbau des Verbandes erfolgte nach dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus und dem Territorialprinzip. Die Basis als unterste Einheit waren die Sparten. Die Sparten aller Fachrichtungen eines Kreises bildeten den Kreisverband.

Alle Kreisverbände im Bezirk waren nun im Bezirksverband zusammengefasst. Über diesen stand als oberstes Organ der Zentralverband. Alle Organisationseinheiten galten nach der Registrierung bei den staatlichen Organen als juristische Personen und nahmen alle Rechte und Pflichten im Rechtsverkehr eigenständig wahr. Die Organe des Verbandes waren ehrenamtliche, von den Mitgliedern gewählte Leitungen in den Sparten, Kreisen und Bezirksvorständen sowie im Zentralvorstand. Hauptamtliche, von den Vorständen berufene Funktionäre waren: Im Kreis ein Kreissekretär, im Bezirk ein erster Bezirkssekretär, beim Zentralvorstand ein Sekretariat mit einem ersten Sekretär und weiteren Sekretären für je ein Fachgebiet.

In der einstimmig angenommenen Arbeitsentschließung wurden die Vorstände darauf orientiert, in den Sparten ein vielfältiges demokratisches Leben zu entfalten und mit Hilfe des Wettbewerbes die Erträge aus den Gärten

*Mitgliedsbuch im VKSK*



und der Kleintierzucht weiter zu steigern.

Mit Annahme des Statutenentwurfes, der Arbeitsentschließung und der Wahl des Zentralvorstandes war der „Verband der Kleingärtner, Kleinsiedler und Kleintierzüchter“ (VKSK) in der DDR gegründet.

Zum Vorsitzenden wählten die Delegierten Karl Stein und als ersten Sekretär des geschäftsführenden Sekretariats Erich Angermann.

Von den Siedlern nahmen folgende Mitglieder am Gründungskongress teil:

Paul, Ewald	Berlin;
Brückmann, Reinhold	Gotha, Bezirk Erfurt;
Jähmig, Erich	Schwerin;
Kunze, Johannes	Karl-Marx-Stadt;
Manthey, Martin	Frankfurt/Oder;
Schmidt, Karl	Leipzig;
Schneider, Georg	Potsdam.

## Verbandstage

Sie waren Höhepunkte und gestalteten sich zu Meilensteinen in der Verbandsarbeit des VKSK.

Ihre Vorbereitung war verbunden mit Wahlen von den Sparten über Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen, bis zum Verbandstag.

Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag erfolgte nach einem vorgegebenen Schlüssel in den Bezirksdelegiertenkonferenzen. Dadurch war die Teilnahme der Vertreter entsprechend der Mitgliederzahl und auch der Fachrichtungen aus dem jeweiligen Territorium gesichert.

Die Verbandstage fanden bei entsprechenden Erfordernissen in Abständen von 4 bis 6 Jahren statt, sie wurden

vom Zentralvorstand einberufen. Folgende Verbandstage fanden in der 30jährigen Geschichte des VKSK statt:

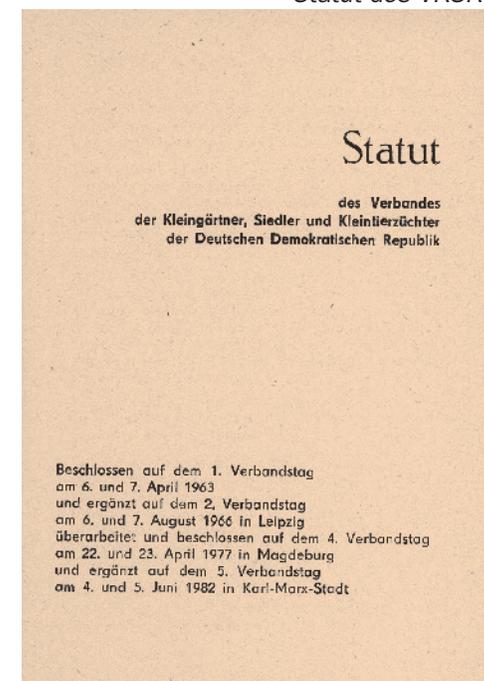
1. Verbandstag 1963 in Leipzig
2. Verbandstag 1966 in Leipzig
3. Verbandstag 1970 in Berlin
4. Verbandstag 1977 in Magdeburg
5. Verbandstag 1982 in Karl-Marx-Stadt

6. Verbandstag 1988 in Dresden
- Außerordentlicher Verbandstag im Oktober 1990 in Berlin.

## Die wesentlichsten Inhalte der Verbandstage waren

der Rechenschaftsbericht des Zentralvorstandes und der zentralen Revisionskommission, Diskussionen und Beschlüsse über richtungsweisende Dokumente für die weitere Arbeit und, wenn erforderlich, Änderungen am Statut. Die Wahl des Zentralvorstandes und der zentralen Revisionskommission beschlossen den Verbandstag.

*Statut des VKSK*



Nach Einarbeiten von Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen aus der Mitgliedschaft bestätigte der erste Verbandstag das Statut sowie die Beitrags- und Konfliktordnung. Der Beitrag war einheitlich für alle Mitglieder 1.00 M im Monat, für Ehegatten und Jugendliche 0.25 M. Entrichtet wurde er in der Sparte, diese überwies davon 50 % an den Kreisverband. War ein Mitglied in mehreren Sparten organisiert, brauchte es nur in einer von ihnen den Mitgliedsbeitrag zu zahlen, z.B. wenn ein Siedler auch noch Mitglied in einer Kleintierzüchtersparte war. Über den Inhalt und Verlauf eines jeden Verbandstages berichtete die Verbandspresse ausführlich. Darüber hinaus wurden alle Dokumente als Broschüre zusammengefasst veröffentlicht. Sie dienten allen Verbandsfunktionären als Arbeitsmaterial.

*Berufung der Fachkommission für Siedlungswesen durch den Vorsitzenden des Zentralvorstandes 1982*



*Reden und Dokumente vom ersten Verbandstag*

### Zentralvorstand

Der Zentralvorstand war zwischen den Verbandstagen das höchste Organ. Er setzte sich aus Vertretern aller Bezirke und Fachrichtungen zusammen. Er berief die Mitglieder des Sekretariats, des Zentralvorstandes und der zentralen Fachkommissionen. Die Sitzungen des Zentralvorstandes fanden nach einem Arbeitsplan drei- bis viermal jährlich statt.

### Fachkommissionen

Zum Wahrnehmen fachspezifischer Aufgaben bestanden beim Zentralvorstand Kommissionen aus berufenen, erfahrenen Mitgliedern der entsprechenden Fachrichtungen. Sie setzten sich aus Vertretern aller Bezirksverbände zusammen.

Langjähriger Obmann, d. h. Vorsitzender der zentralen Kommission für Siedlungswesen war von 1977 bis 1990 Dr. Olaf Lekve aus Großbeeren, Bezirk Potsdam.

Weiter gehörten über mehrere Jahre dieser Kommission an:

Art, Klaus-Dieter	Neuenhagen Bez. Frankfurt/Oder;
Börner, Annelies	Dresden;
Ellerbrock, Friedhelm	Berlin;
Franz, Gerhard	Leipzig;
Gruber, Reinhard	Schwarzenberg/ K.-Marx-Stadt;
Herzel, Georg	Erfurt;
Menzel Herbert	Dresden;
Pönicke, Manfred	Halle;
Thees, Edwin	Suhl;
Thurm, Jutta	Schwerin;
Mietzner, Ullrich	Mecklenburg;
Marschall, Thomas	Berlin.

Die Aufgabe der Kommission bestand in einer fachlich beratenden Funktion für den Zentralvorstand zu allen Fragen des Siedlungswesens.

Die Kommission führte regelmäßig ihre Sitzungen in beispielgebenden Siedlungen durch. Dabei sammelte sie wertvolle Erfahrungen, die sie über die Presse weitervermittelte. Aber auch die aktuellen Probleme und Sorgen der Siedler griff sie auf. Sie war bemüht, gemeinsam mit zentralen Stellen Lösungen zu finden. Einen beachtlichen Beitrag leistete die Kommission bei der Vorbereitung und Durchführung von speziellen Siedlerkonferenzen. Diese fanden zum Beraten grundsätzlicher Siedlerprobleme mit Vertretern aus den Siedlergemeinschaften der DDR statt. An ihnen nahmen auch namhafte Vertreter staatlicher Organe teil. Diese Konferenzen waren zugleich wertvolle Foren zum Erfahrungsaustausch über die Arbeit in den Siedlergemeinschaften. Folgende Siedlerkonferenzen fanden statt:

- 1976 in Dresden;
- 1980 in Karl-Marx-Stadt;
- 1984 in Leipzig;
- 1990 in Leipzig.

Zum Bewältigen der vielfältigen Aufgaben, die täglich vor den Spartenvorständen standen, verfasste die Kommission 1980 ein Handbuch für alle Funktionäre im Siedlungswesen. Für die Spartenvorsitzenden war es eine wertvolle Hilfe. Von den praktischen Arbeiten auf dem Siedlungsgrundstück, über die Verbandsarbeit, bis zu den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen gab es darin auf jede Frage eine Antwort.

*Bilder von der Fachkommission beim Erfahrungsaustausch in verschiedenen Siedlungen.*



*Wittenberg – März 1993*



*Gemeinschaft Raghuhn-West – Nov. 1983*



*Halle-Ammendorf – März 1987*

**Kerngedanken aus dem Referat  
des 1. Sekretärs des Zentralvorstandes des VKSK, Erwin Wegner, auf der Siedlerkonferenz**

### Worauf es in den Siedlersparten ankommt:

– Entwicklung der Siedlungen in engem Zusammenwirken mit den Ausschüssen der Nationalen Front und den örtlichen Volksvertretungen zu sozialistischen Wohngebieten durch Teilnahme am „Mach mit!“-Wettbewerb, insbesondere bei der weiteren Verbesserung der Wohnbedingungen und Naherholungsmöglichkeiten, durch Entfaltung eines regen geistig-kulturellen Lebens, sorgfältige Pflege der Gebäude und Grundstücke und andere Initiativen  
– effektive Nutzung des Bodens für den Obst-, Gemüse- und Futterpflanzenanbau, insbesondere die Kultur von Frühgemüse, Knoblauch, Spätgemüse,

Beerenobst und Kirschen  
– Ausschöpfung aller Möglichkeiten für die Haltung von Kleintieren, vor allem Gänsen, Kaninchen, Hühnern und Milchschaafen  
– zweckmäßige Organisation des Aufkaufs pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse in den Siedlungen  
– enge Zusammenarbeit mit den zuständigen BHG zur Versorgung der Mitglieder mit Saatgut, Geräten und anderen Bedarfsartikeln  
– Gewinnung neuer Mitglieder für die bestehenden und Unterstützung bei Gründung neuer Sparten in benachbarten Siedlungsgebieten.

### Aufgabenstellung für die Siedler auf der Siedlerkonferenz 1980

Die Kommission unterstützte auch die Siedlergemeinschaften beim Führen des Wettbewerbes durch Empfehlungen und Verallgemeinern guter Beispiele.

### Wettbewerb im VKSK

Unter sozialistischen Verhältnissen war der Wettbewerb in allen gesellschaftlichen Bereichen ein wichtiges Instrument, um die Menschen für größere Leistungen zu motivieren. Der moralische Aspekt hatte einen hohen Stellenwert. Auch im VKSK war der Wettbewerb der Motor zum Erreichen höherer Leistungen. Er wurde in allen Organisationseinheiten, von der Sparte bis zur zentralen Ebene, durchgängig jährlich geführt. Innerhalb der Sparte ging es um die Auszeichnung mit dem Titel „Bester Siedler“, im Kreisverband um die „Beste Siedlersparte“, im Bezirksverband um die „Beste Sparte einer Fachrichtung im Bezirk“ und um die „Beste Kreisorganisation“. Auf zentraler Ebene erfolgte die „Auszeichnung „Beste Sparte einer Fachrichtung“ und „Bester Bezirksverband“. Alle Ausgezeichneten erhielten als Anerkennung eine Ehrenurkunde.

Die ökonomischen Leistungen der Siedler standen im Vordergrund des Wettbewerbes.

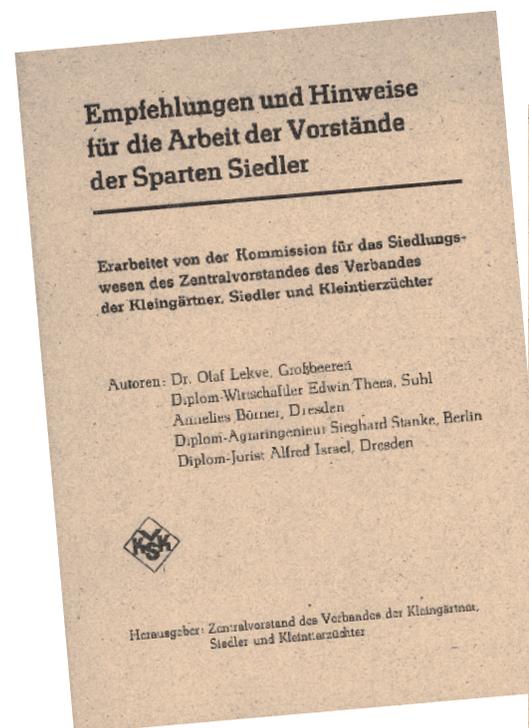
In der DDR hatte die Regierung das Außenhandelsmonopol. Für sie galt als Grundsatz: „Alles, was im eigenen Land erzeugt werden kann, wird nicht eingeführt“. Deshalb mussten alle verfügbaren Reserven für die Versorgung der Bevölkerung genutzt werden. Die Leistungen der VKSK-Mitglieder waren eine solche Reserve. Es gab zwar keine Produktionsauflagen, wie sie für die Landwirtschaftsbetriebe bestanden, aber auf allen Parteitagungen der SED wurde betont: „Auch in Zukunft wird die individuelle Produktion der VKSK-Mitglieder unterstützt, sie ist auf Dauer ein fester Bestandteil der volkswirtschaftlichen Bilanzen“. Dabei ging es besonders um das Schließen von Versorgungslücken bei Früh- und sogenannten Edelgemüsen wie Gewächshausgurken, Paprika, Tomaten und allen Sorten Beeren. Aber auch Weißfleisch und Eier waren gefragte Erzeugnisse. Der Zentralvorstand orientierte alle Mitglieder im Wettbewerb, von 100 qm Gartenland mindestens 100 kg Gemüse oder

Obst zu erzeugen. Viele Siedlersparten überboten sogar dieses Ziel, es gab nicht wenige, die einen Ertrag von 150 kg erreichten. Das Motto war damals: „Ein produktiver Garten ist ein schöner Garten“.

Die Grundlage des Wettbewerbes waren die von den Sparten beschlossenen Jahresprogramme. Eine beispielgebende Siedlersparte veröffentlichte am Anfang des Jahres ihr Programm in der Verbandspresse.

Dieses diente als Anregung für den Wettbewerb in allen übrigen Siedlergemeinschaften.

Von den Siedlersparten nahmen jährlich 95 % am Wettbewerb teil.

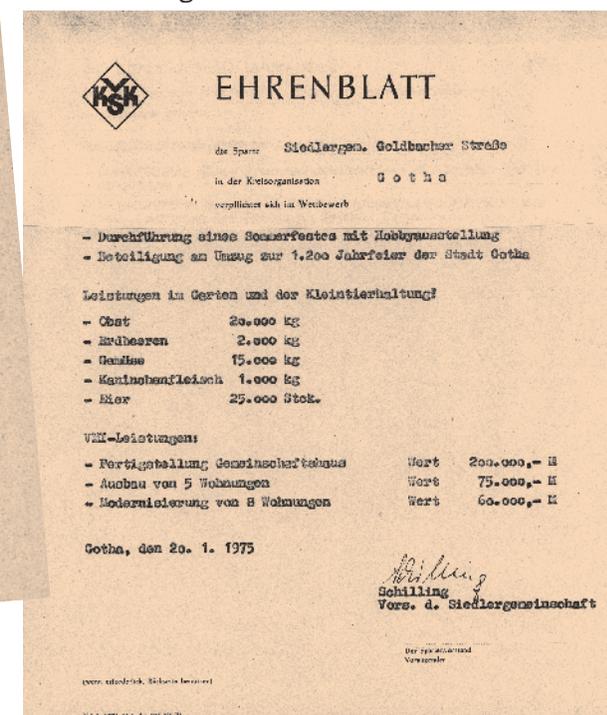


Broschüre als Arbeitsmaterial für die Siedlervorstände

### Wirtschaftliche Anreize

Die niedrigen Kosten für Sämereien, Wasser, Energie und Dünger, sowie günstige Aufkaufpreise förderten das Interesse bei den Siedlern, Gemüse und Obst über den eigenen Bedarf hinaus zu erzeugen. Die Handelsbetriebe waren angewiesen, zu jeder Zeit die von den Kleingärtnern und Siedlern angebotenen Erzeugnisse zu Festpreisen aufzukaufen. Bei einigen Produkten waren die Aufkaufpreise höher als die Verkaufspreise. Die Differenz zahlte der Staat als Subvention. Ein besonderes Ziel im Wettbewerb war es, eine möglichst große Anbaufläche für Frühgemüse unter Glas und Folie zu schaffen. Der einzige Hersteller von großen Gewächs-

### Wettbewerbsziele der Goldbacher Siedlung Gotha



häusern aus Folie für die Landwirtschaftsbetriebe war die Firma Munkelt in Gotha. Aus dem dabei anfallenden Restmaterial fertigte dieser Betrieb auf Wunsch der Kleingärtner und Siedler Folienzelte für den individuellen Bedarf an. Eines oder mehrere dieser Zelte gehörten damals zum Bild eines jeden Siedlergartens. In Gewächshäusern und Mistbeetkästen erfolgte auch die Anzucht von Pflanzen. Die über den eigenen Bedarf hinaus gezogenen Pflanzen waren Tauschobjekte mit den Nachbarn oder dienten zum Verkauf auf einer jährlich im Frühjahr in der Siedlung durchgeführten Pflanzenbörse. Die Siedlergärten rechtfertigten zu dieser Zeit ihre ursprüngliche Aufgabe, als Nutzgärten für die Eigenversorgung der Siedlerfamilie zu dienen, in vollem Umfang.

Folienzelte in einem Siedlergarten



Kaninchen konnten lebend an einer eigens dazu eingerichteten Sammelstelle zum Verkauf abgegeben werden. Für 1 kg Lebendgewicht bekam der Ablieferer in der ersten Güteklasse 12.20 Mark und einen Gutschein zum Erwerb von Kraftfutter. Die Auswertung des Wettbewerbes erfolgte jährlich. Jede Sparte bekam dazu ein Abrechnungsheft mit vorgedruckten Kriterien. Abrechnungstermine waren: Zwischenbericht am 30. Juni und Endabrechnung am 31. Dezember eines jeden Jahres. Die Wettbewerbsergebnisse meldeten die Sparten dem Kreisverband, dieser gab die Kreisergebnisse an den Bezirksvorstand, der sie zusammengefasst an den Zentralvorstand weiterleitete.

### Auszeichnungsordnung

Neben der Auszeichnung der Besten im Wettbewerb erfolgte entsprechend ei-



### Auszeichnungsordnung

Links: Heft zur jährlichen Abrechnung des Wettbewerbes



### Urkunde für langjährige Mitgliedschaft

Vorschlagsberechtigt für die Urkunde war der Vorstand der Sparte. Die Urkunde wurde ab 25jähriger Mitgliedschaft verliehen. Die vom 1. Vorsitzenden des Zentralvorstandes unterschriebene Urkunde überreichte der Kreissekretär oder der Spartenvorsitzende.

### Urkunde für langjähriges Bestehen einer Sparte

Verliehen wurde sie ab 50jährigem Bestehen einer Sparte auf Vorschlag der Kreisvorstände durch Mitglieder des Zentral- oder Bezirksvorstandes.

### Die Siedlung als „Anerkanntes Naherholungsgebiet“

Für ein umfassendes Gemeinschaftsleben fehlte es oft an geeigneten Räumlichkeiten in den Siedlungen. Eine Lösung bestand meist nur im Bau eines eigenen Spartenheimes. In den 70er Jahren entstanden in mehreren Siedlungen der DDR solche Objekte. Baumaterial und Baukapazität waren nur sehr begrenzt verfügbar. So nutzten die Siedlergemeinschaften Abrissmaterial und Restbestände von anderen Baustellen. Die Projekt- und Bauarbeiten erfolgten ausschließlich in unentgeltlicher Eigenleistung. Baukredite gaben die Banken mit 1% Zinsen aus. Diese Gemeinschaftshäuser in den Siedlungen dienten neben dem Spartenleben auch oft als öffentliche Gaststätte. Das machte die Siedlung für Besucher aus den angrenzenden Stadtbereichen noch attraktiver. Nach einem Spaziergang durch die Siedlung kehrten sie gern zu einer Tasse Kaffee oder einem Bier hier ein.

ner Ordnung die Ehrung herausragender Leistungen in der Verbandsarbeit. Verliehen wurde als höchste Auszeichnung:

### Die Ehrennadel des Verbandes

Sie wurde an Mitglieder des Verbandes auf Beschluss des Präsidiums des Zentralvorstandes verliehen. Vorschlagsberechtigt waren die Vorstände der Sparten und die Sekretariate der Kreis- und Bezirksvorstände sowie des Zentralvorstandes.

Zu den mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichneten Siedlern gehörten neben weiteren:

Annelies Börner, Dresden; Olav Lekve, Großbeeren; Friedhelm Ellerbrock, Berlin, Roland Schilling, Gotha.

### Ehrennadel der Fachrichtung

Sie wurde in drei Stufen – Bronze, Silber und Gold – für hervorragende Leistungen in einer Fachrichtung verliehen.

Vorschlagsberechtigt für alle Stufen waren die Vorstände der Sparten, die Sekretariate der Kreis- und Bezirksvorstände sowie des Zentralvorstandes.

Die Verleihung der Ehrennadel erfolgte:

- In Bronze durch den Kreisvorstand
- In Silber durch den Bezirksvorstand
- In Gold durch den Zentralvorstand.

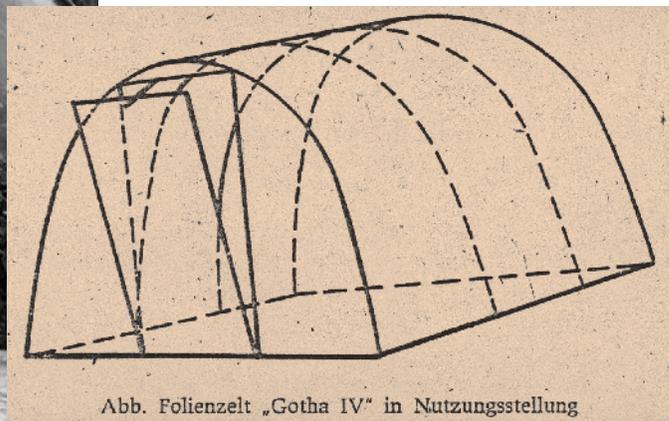
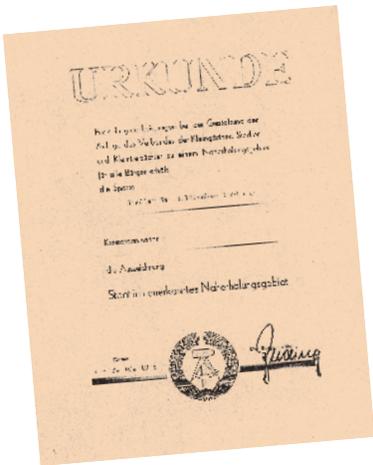


Abb. Folienzelt „Gotha IV“ in Nutzungsstellung



*Urkunde als „Staatlich anerkanntes Naherholungsgebiet“*

Die örtlichen staatlichen Organe verliehen solchen Siedlungen mit einem Aus-

flugsziel den Titel „Anerkanntes Naherholungsgebiet“. Das war ein begehrter Titel, denn in diesen Siedlungen erfolgte vorrangig der Ausbau ihrer Infrastruktur, und sie bekamen bevorzugt finanzielle Zuwendungen für die Gemeinschaftsarbeit.

**Siedlerfeste**

In den Siedlungen fanden regelmäßig Siedlerfeste statt. Bei besonderen Höhepunkten, wie runden Jahrestagen, gestalteten sie sich zu ausgesprochenen Volksfesten, an denen große Teile der Bevölkerung des angrenzenden Territoriums mit Freude teilnahmen. Zu diesem Anlass schmückten die Siedler ihre Häuser und gestalteten die Vorgärten besonders sorgfältig. Traditionelle Festumzüge mit Bildern aus dem Siedlerleben zogen

viele interessierte Zuschauer aus der Umgebung an. Oft waren die Siedlerfeste mit Lehr- und Leistungsschauen der Siedler und aller Fachrichtungen des Kreisverbandes verbunden.

Die Siedlerfrauen trugen einen großen Anteil an der Gestaltung der Feste durch das Organisieren von Kinderspielen und Verkostungen von selbstgebackenen Kuchen und selbstgefertigten Salaten.

**Mitarbeit in der Nationalen Front**

Aus der Volkskongressbewegung entstand 1949 die „Nationale Front“. In einem Manifest vom Oktober 1949 erklärte sie sich als eine parteienübergreifende Volksbewegung und zu einem Sammelbecken aller demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen in den Städten und Dörfern der DDR. In den Städten waren die Mitglieder in Stadtbezirksausschüssen und in den Dörfern in Dorfausschüssen zusammengefasst. Diese Ausschüsse koordinierten das gesellschaftliche Leben in ihrem Wirkungsbereich. Sie mobilisierten die Bevölkerung zu unentgeltlichen Verschönerungsarbeiten und den Bau von kommunalen Einrichtungen im Wohngebiet, als „NAW Nationales Aufbauwerk“. So wie alle anderen Parteien und Organisationen delegierte

*Gemeinschaftshaus in der Goldbacher Siedlung Gotha*



auch der VKSK seine Vertreter in diese Ausschüsse. Die Stadtrandsiedlungen bildeten oft einen eigenen Wohnbezirk oder sie stellten den Hauptanteil an Fläche und Einwohnern. Durch die aktive Arbeit in den Siedlungen waren die Siedlergemeinschaften die tragende Kraft im gesellschaftlichen Leben der Wohnbezirke.

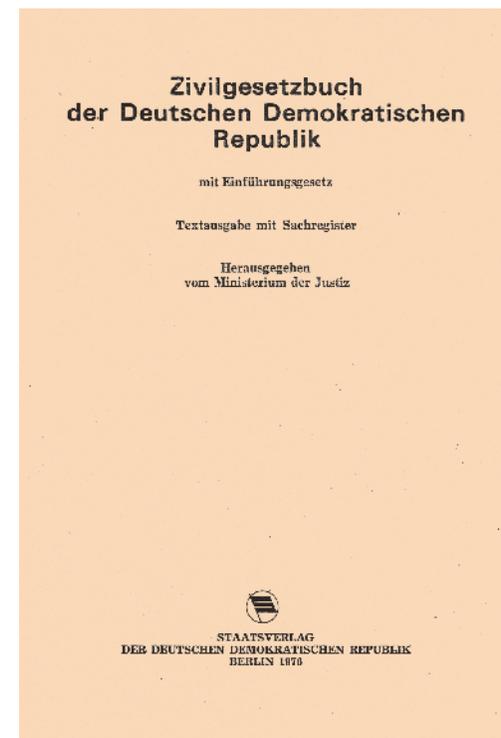
**Zivilgesetzbuch in der DDR**

Mit Beschluss der Volkskammer vom 19. Juni 1975 trat das Zivilgesetzbuch in der DDR in Kraft. Im Zusammenhang damit wurden das Bürgerliche Gesetzbuch und das Reichsheimstättengesetz außer Kraft gesetzt. Für die Heimstättensiedlungen entstand damit eine völlig neue Rechtslage. Während bis dahin die Siedlervorstände eng mit den Heimstättenverwaltungen zusammenarbeiteten und vor

Ort deren Interessen, besonders beim Eigentumswechsel und baulichen Veränderungen mit wahrnahmen, war das nun nicht mehr möglich. Die neue Situation warf viele Fragen auf, und die Kommission für Siedlungswesen beschäftigte sich damit in mehreren Beratungen. Auch auf den Siedlerkonferenzen stand dieses Problem zur Diskussion. Nach Rücksprachen mit den zuständigen staatlichen Organen sah man einen Ausweg nur in geeigneten Festlegungen der unteren Genehmigungsbehörden. Als erster fasste der Rat des Bezirkes Dresden dazu einen Beschluss mit folgenden Wortlaut: „Der Verkauf von Siedlungsgrundstücken ist grundsätzlich in Abstimmung mit den Kreis- und Spartenvorständen vorzunehmen. Das erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen den Organen der Wohnungspolitik, den Außenstellen des Liegenschaftsdienstes, den staatlichen Notariaten und den Kreisvorständen des VKSK“. Diesen Beschluss übernahmen auch weitere Bezirke. In verschiedenen Siedlungen erarbeiteten die Vorstände gemeinsam mit den Stadtverwaltungen zur Erhaltung des Siedlungscharakters eigene Gestaltungskonzeptionen. Diese erhielten durch Ratsbeschluss verbindlichen Charakter.

**Eigenheimbau**

In der DDR fand kein Neubau von kompletten Siedlungen statt. Im Rahmen des Anfang 1970 beschlossenen Wohnungsbauprogrammes entstanden auf Baulücken in bestehenden Siedlungen



und an Stadt- und Dorfrändern Eigenheime. Bevorzugt erhielten Mitarbeiter in der Landwirtschaft die Erlaubnis zum Bau eines Eigenheimes. Es gab Typenprojekte zur monolithischen Bauweise und auch Fertigteilhäuser. Der Bauherr musste 25 % des Bauumfanges in Eigenleistung erbringen. Die Baukredite waren mit 4 % verzinst, die Tilgung betrug 1 % jährlich. Für kinderreiche Familien gab es weitere Vergünstigungen wie zinslose Kredite.

Das Bauland erhielt der Bauherr kostenlos zur Nutzung mit einer Urkunde verbrieft, auf unbegrenzte Zeit. Erst ab 1990 bestand die Möglichkeit, das Land käuflich zu erwerben. Die Eigenheimbesitzer im Bereich von Siedlungen schlossen sich als Mitglieder den bestehenden Siedlerparten an. Sie nahmen ohne Unterschied zu den alteingesessenen Siedlern am Gemeinschaftsleben teil.

### Wochenendsiedler

Ab 1978 entstanden im VKSK als neue Fachrichtung die Wochenendsiedlungen.

Dazu nutzte man von den Gemeinden und Städten gepachtetes Öd- oder Brachland in und an Waldgebieten, welches für das Anlegen von Nutzgärten nicht geeignet war. Das Anliegen der Mitglieder war es, sich in der Freizeit in der Natur zu beschäftigen, um hier Erholung zu finden. Es waren also ausgesprochene Erholungsgrundstücke. Die Wochenendhäuser waren so gebaut und eingerichtet, dass sie ein Wohnen für kurze Zeit ermöglichten. Ihre Besitzer verbrachten hier hauptsächlich die Wochenenden und den Urlaub. Ihrem

Charakter entsprechend müssten sie zwischen den Kleingärtnern und Siedlern eingeordnet werden. Inzwischen konnten auch Wochenendsiedler ihre Grundstücke käuflich erwerben. Nach 1990 haben sie sich teilweise dem Siedlerbund und andere den Kleingärtnern angeschlossen.

### Publikationen

Als Organ des VKSK erschien seit 1962 im Abstand von 14 Tagen die Zeitung „Kleingarten und Kleintierzucht“ in mehreren Ausgaben. Die Ausgabe A behandelte speziell die Themen für Kleingärtner und Siedler. Die Zeitung vermittelte aktuelle Informationen für jedes

Letzte Ausgabe von „Garten und Kleintierzucht“



Übergangsausgabe von „mein Garten“ und „neue deutsche Gartenzeitung“  
Erste Ausgabe „mein Garten“



Mitglied. Sie war ein breites Forum des Erfahrungsaustausches und gab Anregungen für den Wettbewerb. Ab März 1990 erschien sie unter dem Titel „mein Garten“ mit einigen Seiten in Buntdruck. Herausgeber war nach wie vor der Zentralvorstand des VKSK. Ab Juli 1990 nannte sie sich „neue deutsche Gartenzeitung“. Herausgeber war jetzt der neugegründete Verband der Garten- und Siedlerfreunde. Die Verbandszeitung wurde von jedem Mitglied individuell über den Postzeitungsvertrieb bezogen.

In einer vom Zentralvorstand des VKSK veröffentlichten Schriftenreihe vermittelten Wissenschaftler und Institute verständlich und praxisbezogen ihre neuesten Erkenntnisse und Forschungsergebnisse. Über 40 dieser Hefte sind zu den verschiedensten Themen erschienen. Das Heft 30 behandelte die Gestaltung und Nutzung von

Haus- und Siedlergärten. Im Vorwort heißt es: „Der Boden ist der goldene Fond all unserer gärtnerischen und züchterischen Freizeittätigkeit. Das vorliegende Heft soll Anregungen geben, wie der Garten am Siedlungshaus sinnvoll gestaltet und effektiv genutzt werden kann“.

Beliebt bei allen Mitgliedern und Gartenbesitzern war die seit 1968 regelmäßig im Fernsehen der DDR ausgestrahlte Sendung „Du und Dein Garten“ mit Erika Krause.



Radio DDR brachte monatlich eine zweistündige Originalsendung mit dem Titel „Rund um Haus, Hof und Garten – eine nächtliche Plauderei mit dem VKSK“.

In Gesprächen mit Kleingärtnern, Siedlern und Kleintierzüchtern in den Sparten berichtete die Sendung über die Freizeitbeschäftigung der Mitglieder im Verband.

Sie vermittelte Tipps und informierte über neue Sorten und Rassen. Berichte über Kurioses und Außergewöhnliches im Verbandsleben lockerten die Sendung auf.

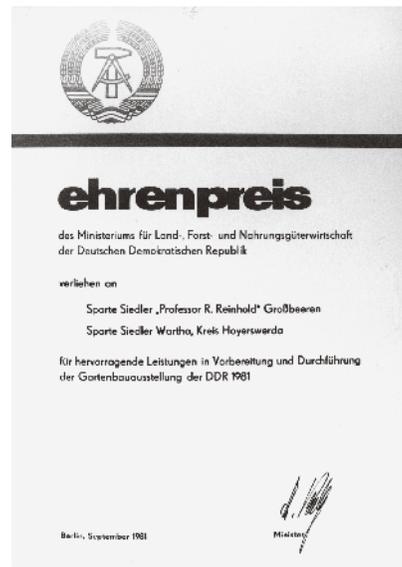
### Ausstellungen

An den jährlichen Lehr- und Leistungsschauen in den Kreisverbänden des VKSK waren auch Siedler gemeinsam mit allen anderen Fachrichtungen beteiligt. Mitglieder aus den Siedlergemeinschaften waren auch bei den Siegerausstellungen der Kleintierzüchter während der Landwirtschaftsausstellung in Leipzig-Markkleeberg „agra“ vertreten. Eberhard Liebetrau aus Gotha erhielt als Siedler für seine Hühnerzucht „Zwerg-Barnefelder, doppeltgesäumt“ über mehrere Jahre den Siegeltitel verliehen.



In Erfurt auf dem Gelände der Internationalen Gartenbauausstellung „iga“ fanden ab 1961 jährlich Gartenbauausstellungen statt. Der VKSK hatte hier für die Präsentation von Obst, Gemüse und Blumen eine eigene ständige Halle. In Mustergärten auf der „iga“ demonstrierten Verbandsmitglieder ihre praktischen Erfahrungen. Jedes Jahr im Herbst gestaltete hier der VKSK eine Kernobst-Lehr- und Leistungsschau. Die besten Leistungen auf diesem Gebiet wurden mit einer Goldmedaille oder einer Ehrenurkunde des Ministeriums für Landwirtschaft gewürdigt. Während dieser Veranstaltung erfolgte auch stets eine Sortenbestimmung durch erfahrene Fachleute. Diese erweckte bei allen Teilen der Bevölkerung einen regen Zuspruch, insbesondere zum Bestimmen älterer noch in den Siedlergärten vorhandener Obstsorten.

#### Ehrenpreis des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft IGA Erfurt



#### Anzahl der Siedler im VKSK

Am 31. Dezember 1988 waren in 1.246 Sparten des VKSK 99.816 Siedler organisiert.

Sie bewirtschafteten 88.588 Siedlergrundstücke auf einer Gesamtfläche von 9.728,6 ha.

#### Übergangszeit

Kurz nach Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989 fand noch im gleichen Monat eine schon länger vorgesehene Zentralvorstandssitzung in Leipzig statt.

Die inzwischen eingetretenen politischen Ereignisse überholten die ursprünglich vorgesehene Tagesordnung. Die vordringlichste Frage war: Wie sollte es unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen mit dem VKSK weitergehen?

Inzwischen hatten schon verschiedene Spartenfunktionäre, vor allem Kleintierzüchter, persönliche Kontakte zu den Partnervereinen in den alten Bundesländern angeknüpft. Ihren dabei gewonnenen Standpunkt brachten sie unmissverständlich zum Ausdruck: Sie wollten aus dem VKSK austreten und sich den zentralen Zuchtvereinen in den Altbundesländern anschließen. Um für die Kleingärtner und Siedler auch weiterhin eine starke Interessenvertretung zu sichern, sah man es als notwendig an, den VKSK zu reformieren und ihn so als zentralen Verband unter den neuen Bedingungen zu erhalten. Nach einer Präsidiumstagung am 26. November schrieb der damalige Vorsitzende des Zentralvorstandes, Dr. Horst Laschinski: „Eingebettet in dem vom Volk der DDR eingeleiteten, alle Berei-

che des gesellschaftlichen Lebens umfassenden Umgestaltungsprozess vollziehen sich auch in unserem Verband – getragen von der Mitverantwortung für unser Land – weitreichende Veränderungen, vor allem hinsichtlich der demokratischen Erneuerung des Verbandslebens im VKSK“.

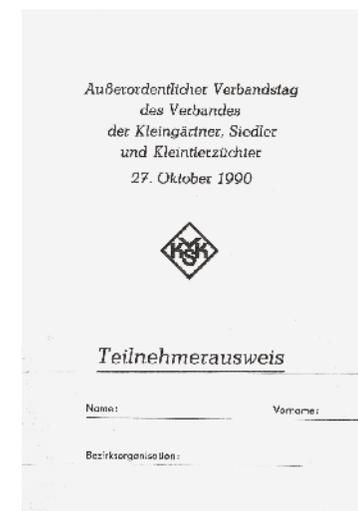
#### Auflösung des VKSK

Nach umfassenden, auch kontrovers geführten Aussprachen in den Sparten, Kreis- und Bezirksverbänden wurde deutlich: Mit einer bloßen Umwandlung waren die Mitglieder nicht zufrieden und die neuen anstehenden Aufgaben konnten damit auch nicht gelöst werden. Am 10. Februar 1990 fand in Berlin die 7. Tagung des Zentralvorstandes statt.

Die Mitglieder aus den Kreisen und Bezirken sprachen sich mehrheitlich für einen neu zu gründenden, eigenständigen und unabhängigen Verband der Kleingärtner und Siedler für das Gebiet der DDR, ohne die Kleintierzüchtervereine, aus. Er sollte vorerst unter dem Dach des VKSK stehen.

Die Teilnehmer wählten ein Gründungskomitee mit Dr. Klaus Dieter Henschel an der Spitze. An alle Sparten der Kleingärtner, Siedler und Wochenendsiedler erging ein Aufruf, ihre Mitgliedschaft im „Verband der Garten- und Siedlerfreunde e.V.“ (VGS), zu beschließen, eigene Satzungen auszuarbeiten und die Registrierung als eingetragener Verein beim Kreisgericht zu beantragen. Damit wurde der Prozess zum Auflösen des VKSK eingeleitet. Von nun an bezeichneten sich die Sparten auch wieder offiziell als Vereine. Am 7. Juli

1990 fand in Berlin der Verbandstag zur Gründung des „Verbandes der Garten- und Siedlerfreunde e.V.“ statt. Teilnehmer waren Delegierte aus allen Bezirksverbänden. Sie beschlossen die Satzung und die Struktur und wählten das Präsidium mit Bernd Engelhardt als ersten Präsidenten und Rudi Habermann als Geschäftsführer. Der VGS war in der Anfangsphase mit den vielen neuen rechtlichen Problemen, welche jetzt auf die Kleingärtner zukamen, stark beschäftigt. Die Siedlervereine waren in dieser Organisation noch nicht heimisch und fühlten sich mehr oder weniger nur als Anhängsel. Das Kleingartengesetz traf aufgrund der Eigentumsverhältnisse für die Siedler nicht zu. Es bestanden bei den Siedlern im allgemeinen noch wenig Kenntnisse über die Arbeit und die Struktur des Deutschen Siedlerbundes. Auch die einschlägigen bundesdeutschen Gesetze für das Siedlungswesen waren



Teilnehmerausweis zum „Außerordentlichen Verbandstag“

naturgemäß wenig bekannt. Hilfreich erwiesen sich in dieser Phase Beratungen mit Spitzenvertretern des Deutschen Siedlerbundes und Mitgliedern aus Siedlervereinen der DDR. In Berlin fand 1990 ein erstes ganztägiges Seminar mit Vorstandsvorsitzenden und Vertretern des Präsidiums und von Landesverbänden des DSB statt. Im Mittelpunkt dieser Beratung stand die Arbeitsweise und Struktur im DSB, die In-

Artikel aus „mein Garten“ 6/1990

## DSB will helfen

### Seminar mit Vertretern des Deutschen Siedlerbundes

Der Deutsche Siedlerbund (DSB) bietet den Siedlern der DDR seine Hilfe bei der Umstrukturierung und Neuorientierung des Verbandes an. Auf einem eintägigen Seminar in Berlin (Ost) referierten vor etwa 50 Siedlern des bisherigen VKSK unter anderem der 1. Vizepräsident des DSB, Eckart Naumann, der Vorsitzende des Beirates des DSB, Dr. Ottobert Brintzinger, Ministerialdirigent im Innenministerium von Schleswig-Holstein, sowie der Geschäftsführer des Siedlerbundes Ruhr-Niederrhein, Detlef Erm.

Der DSB ist der mitgliederstärkste Siedlerverband in der BRD. Er ist durch 11 Landesverbände und weitere regionale Untergliederungen in allen Bundesländern und in Westberlin vertreten. Auf Bundesebene bestehen Kontakte zu Bundesministerien.

Der DSB setzt sich für die Förderung und Erhaltung des Familienheims (= Eigenheim und Kleinsiedlung) ein, z. B. erreichte er schon die Zurückstellung von Gesetzesvorlagen. Er erteilt seinen Mitgliedern in allen das eigene Heim betreffenden Angelegenheiten Auskunft auf den Gebieten Recht und Steuern, vermittelt kostengünstige Möglichkeiten bei Versicherungen, beim Bauen, beim Heizölbezug usw.

Die Siedler der DDR sehen sich mit der angekündigten Übernahme vieler BRD-Gesetze vor unüber-

sichtliche juristische Fragen und vor finanzielle Probleme gestellt, die sie bisher nicht kannten. Gegenüber den sich bildenden Landesregierungen und der Regierung der DDR wird es vieles zu verteidigen und zu bewahren geben, was sich bisher als gut und richtig erwiesen hat. Neues wird durchzusetzen sein. Die dringende Empfehlung des DSB ist, einen starken zentralen Verband als Interessenvertretung zu bilden, ebenso Landesverbände mit sachkundigen Geschäftsführern. (Im DSB sind z. B. Juristen als hauptamtliche Geschäftsführer in mehreren Landesgeschäftsstellen tätig.) Ob es zweckmäßig ist, einen eigenen DDR-Siedlerverband zu gründen oder sich durch den entstehenden VGS vertreten zu lassen, das liegt in der Entscheidung der bisherigen Siedlersparten.

Anmerkung: In Mecklenburg-Vorpommern sowie in Sachsen waren die Wüfel für eigene Siedlerverbände im VGS zum Zeitpunkt des Seminars schon gefallen, während die anderen gemeinsam mit den Kleingärtnern Landesverbände gründen.

Übrigens gibt es auch schon Bestrebungen von Siedlersparten, sich direkt dem DSB anzuschließen. Kontakte zwischen den Landesverbänden West und Ost sind jedenfalls bereits geknüpft.

Ulrike Zschommler

teressenvertretung der Mitglieder, die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Bundesgesetzgebung und der Versicherungsschutz im DSB. Im Laufe des Jahres 1990 fanden weitere solcher Zusammenkünfte auf Landesebene und zwischen Siedlervereinen aus Ost und West statt. In Gera trafen sich am 30. Juni 1990 Mitglieder von Thüringer Siedlervereinen mit den Präsidiumsmitgliedern des Siedlerbundes zu einer ausführlichen Aussprache über Möglichkeiten der zukünftigen Zusammenarbeit. Diese Veranstaltungen dienten dem praktischen Erfahrungsaustausch und festigten das Vertrauen zwischen den Siedlern aus beiden Teilen Deutschlands. In ihrem Verlaufe erkannten die Siedler der neuen Länder, dass ihre Interessen unter den neuen Bedingungen nur in einem bundesweiten Verband sachkundig und wirkungsvoll wahrgenommen werden konnten.

### Außerordentlicher Verbandstag des VKSK

Vom Juli bis Oktober 1990 bestanden mit dem VKSK und dem VGS also zwei zentrale Verbände in der DDR für die Kleingärtner und Siedler. Die Auflösung des VKSK konnte gemäß seines Statutes nur auf einem Verbandstag beschlossen werden. Dazu erfolgte die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zum 27. Oktober 1990 nach Berlin.

In dessen Beschluss heißt es:

„1. Der Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter wird gemäß § 41 und §74 des BGB mit Wirkung vom 31. 12. 1990 aufgelöst. Der Zentralvorstand, die Bezirks-, Kreis-, Stadt- und

Stadtbezirksvorstände des VKSK stellen mit sofortiger Wirkung ihre Tätigkeit gegenüber den Vereinen und Vereinigungen ein und nehmen ausschließlich Verwaltungsaufgaben im Rahmen der Auflösung wahr.

2. Aus den Fachrichtungen des VKSK sind eigenständige Fachverbände, bzw. Landesverbände der Kleingärtner, Siedler, Züchter und Imker entstanden, die deren Rechtsnachfolge antreten und ihre Rechtsfähigkeit erworben haben“.

### Gründung neuer Landesverbände

Nach der Wende entstanden 1990 auf dem Gebiet der DDR wieder die ursprünglichen Länder in ihren früheren Grenzen.

Die Gründung neuer, eigenständiger Landesverbände und deren Anschluss an den DSB vollzog sich in den einzelnen Ländern zu verschiedenen Zeiten,

nach erfolgtem umfassenden Orientierungsprozess und demokratischer Entscheidung in den Vereinen.

Als erste erklärten die Siedler von Mecklenburg-Vorpommern ihren Austritt aus dem VGS und gründeten am 6. Juni 1990 ihren Landesverband für Siedler.

Am 7. Dezember 1990 erfolgte ihre Aufnahme in den „Deutschen Siedlerbund“.

Als nächste gründeten die sächsischen Siedler am 12. Juni 1990 ihren Landesverband. Die Aufnahme in den Deutschen Siedlerbund fand unmittelbar nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten am 5. Oktober 1990 statt.

In Sachsen-Anhalt vereinigten sich die Siedler am 30. Juni 1991 zu einem Landesverband. Ihre Aufnahme in den Siedlerbund war am 4. Oktober 1991. Die Brandenburger Siedler beschlos-

Am 27. Oktober 1990 fand der Außerordentliche Verbandstag des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter e.V. (VKSK) statt. Die 263 Teilnehmer beschlossen die Auflösung des Verbandes zum 31. Dezember 1990. Damit beendet diesen Vorstand seine 31 Jahre währende Tätigkeit.

## VKSK ade Das Ende eines 31jährigen

stellt wurden, Anteile des Vermögens für ihre gemeinnützige Tätigkeit überreignet. Es



Geschäftsführer Erwin Wegner. Er tritt sein letztes Amt an: Die Liquidation des Verbandes gemäß BGB.

wurde entschieden, daß die Vermögenswerte des VKSK e.V. nicht auf die aus den Sparten des VKSK entstandenen Vereine aufgeteilt werden. Der Verbandstag hat in Übereinstimmung mit dem Bundeskleingartengesetz § 2 und 4 mit sofortiger Wirkung ausschließlich dem Verband der Garten- und Siedlerfreunde e.V. das Recht auf Weiterführung aller zwischen dem VKSK e.V. und Eigentümern bzw. Rechtsträgern sowie Nutzern von Grundstücken geschlossenen Kleingartennutzungsverhältnisse übertragen. In Übereinstimmung mit den grundlegenden Interessen der

Verbandsmitglieder und unterstützt durch die Vorstände aller Verbandsebenen sind im Verlaufe des Jahres 1990 aus den 12 ehemaligen Fachrichtungen des VKSK 8 selbständige Verbände bzw. Vereinigungen und 30 Landesverbände der Kleingärtner, Siedler, Kleintierzüchter und Imker hervorgegangen. 17 Landesverbände sind bereits oder werden in absehbarer Zeit Mitglieder in bereits bestehenden deutschen Verbänden oder Vereinigungen. Damit

wurden die Grundlagen für das Fortbestehen des VKSK aufgehoben. Der Verbandstag hat allen Verbandsfreunden, die sich im VKSK für die sinnvolle Freizeitbeschäftigung der Mitglieder selbstos eingesetzt haben, seinen Dank ausgesprochen und wünscht allen Verbandsfreunden in ihren Vereinen und neuen Fachverbänden Erfolg und Freude bei ihrer beliebten Freizeitbetätigung.

Für den Stellvertreter des Geschäftsführers



Garten SEITE

Artikel aus „neue deutsche Gartenzeitung“ November 1990

# Siedler Sachsens unter neuem Dach

## Landesverband wurde Mitglied im Deutschen Siedlerbund

Die Aufnahme in den Deutschen Siedlerbund drei Tage nach der Vereinigung unseres Landes ist ein historischer Tag für unseren Sächsischen Landesverband Siedler e.V. Mit der Gründung des Landesverbandes setzen die sächsischen Siedler eine jahrzehntelange Tradition fort und erfüllen sie mit neuem Leben. Bereits bis in das Jahr 1919 lassen sich die Traditionen des sächsischen Siedlungswesens zurückverfolgen. In Sachsen stand auch die Wiege des Deutschen Siedlerbundes. Die gesellschaftlichen Veränderungen in unserem Land, die wiederum wesentlich von Sachsen ausgingen, haben es ermöglicht, diese Tradition schöpferisch fortzusetzen. Sie ermöglichen es auch, Zielstrebigkeit daran zu setzen, die spezifischen Interessen der Siedler beim Schutz ihres

Wohnigentums wirksam zu vertreten. Zur Zeit gehören unserem Verband 56 Vereine mit ca. 9000 Mitgliedern an. Mit unserer Arbeit wollen wir dazu beitragen, das Land Sachsen zu einem attraktiven und leistungsfähigen Bundesland zu gestalten. Unsere Initiative und Tatkraft, unseren Sachverstand und Wagemut bringen wir dabei ein. Wunderschöne Landschaften gibt es bei uns, die Sächsische Schweiz, das Erzgebirge, die Oberlausitz beispielsweise. Aber es gibt auch eine hohe Umweltbelastung durch Schwefeldioxid, Staub und Lärm der Industrie. Unsere Siedlungen verstehen wir auch als grüne Lungen der Städte, als Oasen, in denen sich gut leben läßt, wenn auch die derzeitige Bausubstanz noch viel zu wünschen übrig läßt.

**Gepflegte Siedlerhäuser in der Sächsischen Siedlergemeinschaft Neustadt-West**



Unsere Arbeit im Interesse der Siedler und Eigenheimbesitzer trägt bereits erste Früchte. So ist es uns gelungen, in Dresden, Leipzig und Chemnitz durchzusetzen, daß die Siedler ihre Grundstücke kaufen können. Das ging nicht ohne Widerstand der Stadtverwaltung ab. Erst Demonstrationen der Siedler vor den Rathäusern und das Auftreten unseres Landesverbandes in den Stadtparlamenten führte schließlich zum Erfolg. Hunderte Siedler fanden bei diesen Aktionen den Weg in unseren

Landesverband. Mit unserem Verband gehen wir neue Wege in der Arbeit mit den Siedlern. Aber dieser Weg ist auch von vielen Schwierigkeiten und Hindernissen gekennzeichnet. Außerdem in Mecklenburg-Vorpommern und bei uns sind die Siedler der ehemaligen DDR im VGS – dem Verband der Garten – und Siedlerfreunde – organisiert. In der Praxis bedeutet das, daß diese Siedler nicht, wie wir, Informationen des Deutschen Siedlerbundes auf direktem Weg erhalten. Einige verantwortungsbewußte

Kreisorganisationen erkennen dies und empfehlen den Siedlervereinen die Mitgliedschaft im Landesverband Sachsen der Siedler. Durch zehnde von Vereinen lösten sich in der Vergangenheit auf, weil sie sich vom VKSK nur ungenügend vertreten sahen. Ihr Vertrauen, gilt es zurückzugewinnen.

Karl-Heinz Liebold  
Vorsitzender des  
Sächsischen  
Landesverbandes Siedler

Artikel aus „neue deutsche Gartenzeitung“ November 90

Artikel aus „mein Garten“ 7/90



### Siedler Sachsens für schnellen Anschluß

#### Klares Votum für Mitgliedschaft im Deutschen Siedlerbund – nein zum VGS

Die Weichen wurden schnell gestellt. Tagungsleiter Jürgen Langrock von der gastgebenden Siedlersparte Meusdorf machte von Anfang an deutlich: Der neugegründete sächsische Landesverband der Siedler e. V. wird sich so schnell wie möglich als gleichberechtigtes Mitglied dem Deutschen Siedlerbund der Bundesrepublik anschließen. So erhielt OSB-Präsident Alfred Demtröder, der als Gast viel Beifall erntete, auch schon symbolisch seinen Platz im Präsidium, VKSK-Vorsitzender Dr. Horst Laschinski blieb am Gästetisch. Da überraschte dann auch das klare Nein nicht mehr, als die Delegierten über die, wenn auch vorläufige, Mitgliedschaft im VGS abstimmen. Zu unterschiedlich seien die Interessen von Siedlern und Kleingärtnern, als daß ein gemeinsamer Fachverband Garantie dafür wäre, Siedlerinteressen ausreichend zu vertreten.

Karl-Heinz Liebold (Leipzig), nunmehr gewählter Präsident des Sächsischen Siedlerverbandes, richtete den Blick nach vorn: Es geht um günstige Bedingungen für das Wohnen und Bauen und Leben in der Siedlung, um wirksame Hilfe und Rechtsschutz, günstige Versicherung und Steuern. Benötigt werde dazu ein starker Landesverband mit Einfluß auf die Gesetzgeber in den Ländern und Kommunen, aber auch ein starker Zentralverband mit Autorität bei der Regierung, und der heißen Deutscher Siedlerbund.

Bis zum Jahresende noch, so Dr. Horst Laschinski, sei auch der Landesverband der Siedler Sachsens als ein Nachfolger der Fachrichtung Siedlungswesen im VKSK gesetzlich geschützt, was die Delegierten mit Befriedigung zur Kenntnis nahmen. Gefragter Gesprächspartner war natürlich OSB-Präsident Demtröder, der Beratung anbot bei der Bewältigung der zu erwartenden Gesetze und Steuern: Grunderwerbssteuer, Grundsteuer, Einkommensteuer, Schenkungssteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer ... Sachsen, das Land, in dem vor



knapp 60 Jahren der Deutsche Siedlerbund gegründet wurde, hat wieder einen eigenen Verband. Er vereint einen bedeutenden Teil der rund 100 000 Siedler in der DDR. 38 Siedlervereine trugen sich am selben Tag in die Gründungsurkunde ein. Christian Gehler

### Hilfen für die Vereinsführung

Alle Gartenbücher – verbilligte Fachbücher – Urkunden  
Merkbücher – Broschüren  
Fordern Sie kostenlos die Verzeichnisse an!  
Obst- und Gartenbauverlag  
Herzog-Heinrich-Str. 27  
Postfach 15 03 09  
D-8000 München 15

sen am 12. Januar 1991 die Bildung ihres Landesverbandes und am 23. Januar wurde sie in den DSB aufgenommen.

In Thüringen fand die Gründungsversammlung für den Landesverband am 19. Januar 1991 statt, seit 23. März 1991 ist auch er Mitglied im DSB.

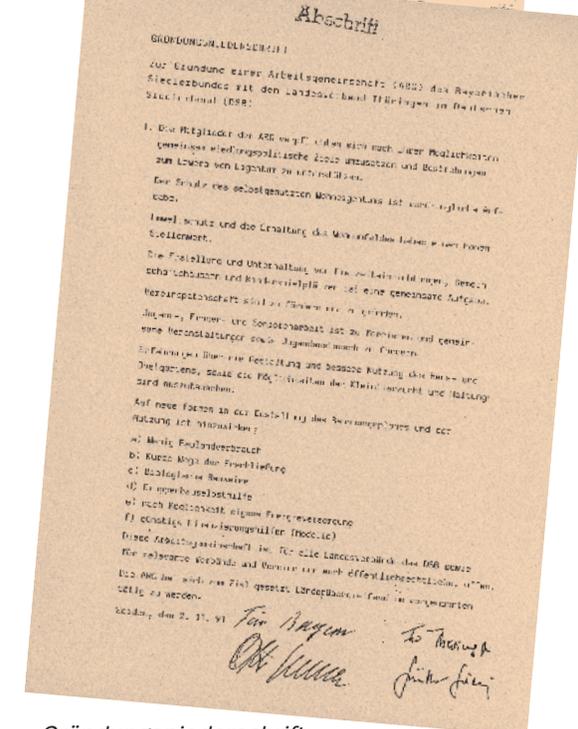
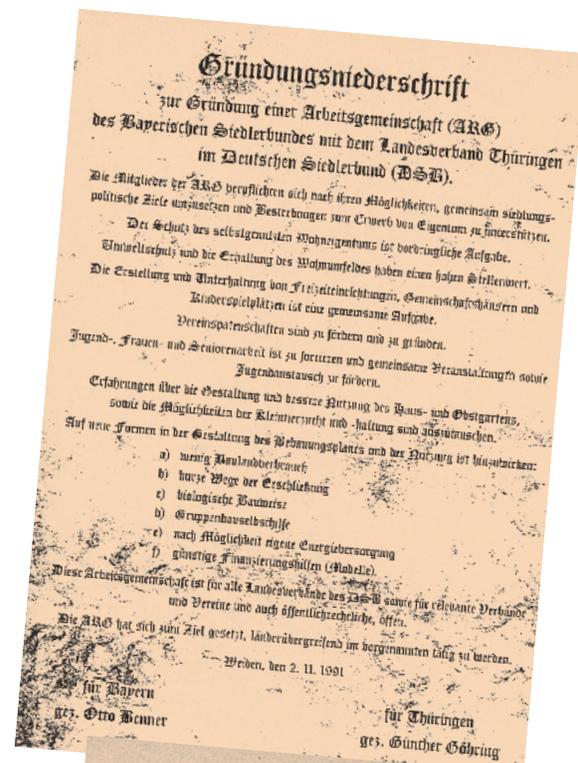
Mit der Bildung neuer Landesverbände und deren Beitritt zum Deutschen Siedlerbund vereinigten sich die Kleinsiedler wieder in einem einheitlichen gesamtdeutschen Verband, wie er bis 1945 bestand.

### Die ersten Jahre im DSB

An der Bundesversammlung des DSB 1991 in Gelsenkirchen nahmen zum ersten Mal Delegierte aus den neuen Landesverbänden teil. Der Wunsch zur Wahl eines Vertreters aus den neuen Ländern in das Präsidium konnte in dieser Versammlung noch nicht erfüllt werden. Es mangelte an der einheitlichen Auffassung für einen geeigneten Vorschlag.

Erst auf der Bundesversammlung 1995 in Berlin wählten die Delegierten Karl Heinz Liebold, Vorsitzender des sächsischen Landesverbandes, in das Präsidium.

Seit 1990 erfolgte auf allen Ebenen ein umfassender, freundschaftlicher Erfahrungsaustausch und eine nützliche Zusammenarbeit zwischen den Siedlern der alten und der neuen Landesverbände im DSB. Hinweise und Hilfe gab es zu praktischen Fragen der Verbandsarbeit, aber auch durch materielle Zuwendungen beim Einrichten der neuen Geschäftsstellen, dort wo es erforderlich war.



Gründungs-niederschrift der Arbeitsgemeinschaft „ARGE“ (In zwei Ausführungen zur Auswahl)

Ein wertvoller Beitrag beim Vereinigungsprozess der Siedler aus den östlichen und westlichen Landesteilen waren gemeinsam durchgeführte Veranstaltungen.

Auch zwischen den Siedlervereinen und Landesverbänden vereinbarte Partnerschaften förderten die persönlichen Kontakte. Beispielgebend für diesen Prozess ist die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft des Bayerischen und des Thüringer Siedlerbundes im November 1991.

Diese Zusammenarbeit auf ganz konkreter Grundlage hat in den vergange-

nen Jahren gute Früchte getragen. In Gethles bei Schleusingen in Thüringen entstand eine Stätte der Begegnung für die Siedler beider Landesverbände. Jährlich fanden abwechselnd in beiden Ländern Familienwandertage mit reger Teilnahme statt.

In den seit Jahren gemeinsam durchgeführten Jugendzeltlagern haben sich zwischen den Jugendlichen verschiedener Länder, als eine von der Vergangenheit unbelasteten Generation, Bekanntschaften entwickelt, welche hoffnungsvoll in die Zukunft blicken lassen.



*Erster gemeinsamer Familienwandertag 25. Mai 1993 auf dem Rennsteig bei Oberhof in Thüringen*



*Erstes gemeinsames Jugendzeltlager 1991 in Gethles, Thüringen*

### **Bundeswettbewerb 1993**

Am Bundeswettbewerb für Kleinsiedlungen nahmen 1993 zum erstenmal auch Siedlervereine aus den neuen Landesverbänden teil. Bei der Bewertung in den Siedlungen konnten seit 1990 erstaunliche Fortschritte in ökologischer Hinsicht festgestellt werden. Auf umweltfreundliche Heizmedien, wie Erdöl oder Erdgas waren bereits 90 % der Siedlungshäuser umgestellt. An einem Viertel der Häuser waren die Fassaden mit wärmedämmendem Material verkleidet.

Die Siedlergärten sind Nutz- und Erholungsgärten, je nach Bedarf. Auf allen Grundstücken sammeln die Siedler Regenwasser und nutzen es zum Gießen oder zum Füllen der inzwischen angelegten naturnahen Gartenteiche.

In diesem Wettbewerb haben 1993 folgende Vereine aus den neuen Ländern eine Auszeichnung erhalten.

#### **Einen zweiten Preis:**

Liebssiedlung e.V. Neustadt Glewe, Mecklenburg/Vorpommern

#### **Einen dritten Preis:**

Hainberg-Siedlung e.V. Suhl, Thüringen

### **Bundeswettbewerb 1997:**

#### **Einen ersten Preis:**

Siedlergemeinschaft Siebeneichen e.V., Sachsen-Anhalt

#### **Einen zweiten Preis:**

Goldbacher-Siedlung Gotha e.V., Thüringen

### **Eigenheimbau nach 1990**

Nach der Wiedervereinigung wurde sichtbar, welches großes Interesse am Besitz von Eigenheimen in den neuen Ländern bestand. Es setzte ein regelrechter Sog von den Plattenbauwohnungen ins eigene Heim mit Garten ein. Wie Pilze sind nach 1990 solche Häuser aus dem Boden geschossen. Am Rande jeder Stadt und in fast jeder Ortschaft sind inzwischen ganze Siedlungen mit selbstgenutzten Einfamilienhäusern entstanden, davon auch einige in Gruppenbauselbsthilfe. Einer Mitgliedschaft im Deutschen Siedlerbund stehen die neuen Eigenheimbesitzer bisher meist noch zögernd gegenüber. Hier besteht ein reges Betätigungsfeld für den Siedlerbund in den neuen Ländern.

### **Kommunalabgaben**

Die von den Landtagen beschlossenen Gesetze für Kommunalabgaben mit ihren Gebührensätzen waren eine völlig neue Erfahrung für die Eigenheimbesitzer in den neuen Bundesländern. Solche hohen Gebühren für Trink- und Abwasser, Straßenausbau und Müllentsorgung kannten sie bisher nicht. Damit kamen Kosten bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit auf sie zu. Der Kampf gegen überhöhte und für sozialverträgliche Belastungen ist eine erste ernsthafte Bewährungsprobe für die neuen Landesverbände bei der Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Das Ziel ist der Erhalt ihres Besitzes am selbstgenutzten Wohneigentum.

## Abschließende Bemerkungen

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Obwohl für die Siedlungen in den beiden Teilen Deutschlands unterschiedliche Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Verhältnisse bestanden, gab es in den charakteristischen Inhalten der Siedlerarbeit keine wesentlichen Unterschiede. Zu jeder Zeit haben sich Siedler unter Zurückstellung persönlicher Belange bereit erklärt, als Vorstände das Gemeinschaftsleben in der Siedlung zu fördern und die Interessen der Siedler nach außen zu vertreten. Gute zwischenmenschliche Beziehungen, Nachbarschaftshilfe und eine sinnvolle Freizeitbetätigung hat es über alle Zeiten in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen gegeben. Durch die vorwärts orientierte, gemeinsame Arbeit im Deutschen Siedlerbund haben sich sinnvolle Beziehungen zwischen den Siedlervereinen aus allen Ländern als gute Basis für die zukünftige Arbeit und das Zusammenleben der Menschen aus Ost und West entwickelt.

## Quellennachweis

- 1.) Potsdamer Abkommen  
Kongreß-Verlag Berlin 1950 und andere Dokumente
- 2.) Dokumente der Verbandstage 1 - 6  
Zentralvorstand des VKSK
- 3.) Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter – Autorenkollektiv in Vergangenheit und Gegenwart –  
Zentralvorstand VKSK 1989
- 4.) 60 Jahre Goldbacher-  
Siedlung Gotha, Roland Schilling
- 5.) Kleingärten und Kleingärtner  
Günter Katsch u. Johann B. Walz Bundesverband Deutscher Gartenfreunde 1996
- 6.) Verbandszeitung des VKSK  
Jahrgänge 1962 bis 1990  
„Garten und Kleintierzucht“
- 7.) „mein Garten“  
Jahrgang 1990
- 8.) „neue deutsche Gartenzeitung“  
Jahrgang 1990/91

**[www.Siedlerbund.de](http://www.Siedlerbund.de)**

**Adressen der Landesverbände,  
Siedlerbünde und Bezirksverbände**